Nr. 9

DAS ROTE TUCH

FÜR EINE SOZIALISTISCHE ZUKUNFT

24. April 2009 ArbeiterInnen aller Länder, vereinigen wir uns! (Karl Marx) Preis: 0,50 €

Hinter den Managern: die wahren Herren der Wirtschaft

Millionengehälter und Bonuszahlungen für bankrotte Banker und Manager, während sie Arbeiter in Kurzarbeit und Arbeitslosigkeit schicken: Angesichts der Empörung, die diese Nachrichten auslösten, plant die Regierung nun ein Gesetz zur Begrenzung von Managergehältern.

Die hohen Manager zittern bestimmt vor Angst. Schließlich hat ihnen die Regierung schon versichert, sie sollten natürlich weiterhin „angemessen“ belohnt werden, sprich durchaus mit mehreren Millionen.

Merkel hat erklärt, sie wolle gegen fehlenden Anstand und Moral in den Chefetagen vorgehen. Die „fehlende Moral“ sind dabei nicht etwa die Entlassungen und der Lohnraub, mit dem immer mehr Arbeitende an den Rand der Existenz gedrängt werden, während die Rekordgewinne der letzten Jahre nicht angetastet werden. Nein, es geht nur um die zu hohe Bezahlung einzelner Manager.

Die Familien Porsche, Quandt, Oetker...

Die Manager werden mehr als gut bezahlt, sicher. Doch hinter ihnen im Schatten stehen ganz andere Leute. Das sind die, die die Manager einsetzen und auch absetzen; denen die Firmen oder die Mehrheit ihrer Aktien gehören; die das eigentliche Sagen haben. Das sind eine Familie Siemens und Quandt, Porsche und Oetker.

Deren Vermögen übersteigt das der Manager um das 1000fache! Nicht umsonst gehört kein Manager zu den hundert Reichsten in Deutschland, sondern nur solche Großaktionäre. Meist Leute, die sich ihr Leben lang nie die Mühe gemacht haben, zu arbeiten – dafür stellen sie ja diese „Luxusangestellten“, die Manager, ein.

Und diese Aktionäre wollen Gewinn sehen. Dafür entlassen ihre Manager Arbeitende, dafür drücken sie die Löhne, spekulieren sie.

Die großen Aktionäre: der wahre Gegner der Arbeiter, nicht nur von Continental

...für sie arbeiten Manager und Regierung

Und im Interesse eben dieser Reichsten, die einen Großteil des Vermögens und sämtlicher Banken und Konzerne in ihren Händen halten, handelt auch die Regierung: Nicht die Manager, sondern diese wahren Herrscher über die Wirtschaft sind die Nutznießer der Rettungspakete, die die Regierung so großzügig verschenkt. Der heutige geringe „Verzicht“ der Manager soll helfen, den für diese Milliardengeschenke nötigen Verzicht der gesamten arbeitenden Bevölkerung in besserem Licht erscheinen zu lassen.

Vertun wir uns nicht. Der Feind des Stiers ist nicht das rote Tuch, das man vor seinen Augen schwenkt, sondern der Stierkämpfer dahinter, der das Messer hält. Nicht die Handlanger, sondern ihre Herren, die großen Aktionäre unschädlich zu machen, ihre Allmacht über die Betriebe infrage zu stellen, ist die einzige Chance für die Arbeiter, nicht unters Messer zu geraten.

Die Köpfe wechseln, die Augen bleiben

Erst wurden zufällig in einer Mülltonne hunderte Seiten Akten entdeckt, wo LIDL illegal Krankheitsursachen von Beschäftigten erfragt, selbst intimste Details wurden schriftlich festgehalten. Der Deutschlandchef von LIDL musste dafür seinen Hut nehmen.

Doch dann wurde dasselbe bei Daimler bekannt, jetzt bei Müller. Das sind keine Einzelfälle mehr, das hat System. Und das ist krank!

Höhere Preise nett verpackt

Am 11. April wurden die gesetzlich vorgeschriebenen Verpackungsgrößen für Milch, Butter und andere Lebensmittel abgeschafft. Eine echte Einladung für die Lebensmittelkonzerne, heimlich ihre Preise zu erhöhen: Sie können einfach den alten Preis verlangen, aber zum Beispiel nur 0,9 statt 1,0 Liter Milch verkaufen.

Bleibt nur der kleingedruckte Kilopreis, wenn man wissen will, was der Spaß nun wirklich kostet. Damit könnte es glatt ein neues Konjunkturpaket werden... für die Brillen-Industrie.

Wir brauchen unseren eigenen Rettungsplan!

Kein Tag ohne Entlassungen, ohne eine neue Insolvenz oder Werksschließung. Wie viele menschliche Dramen bedeutet dies in den Familien der Beschäftigten von Woolworth, Arcandor, Continental, in den Familien der 600.000 Menschen, die seit November ihre Arbeit verloren haben! Und das einzige, was die Regierung ihnen und uns allen sagt, ist: Wir sollen abwarten, 2010 gehe es wieder bergauf.

Diese Spekulationen über ein mögliches Ende der Krise sollen uns einschläfern. In Wahrheit weiß niemand, wann und auf welcher Grundlage die kapitalistische Wirtschaft sich wieder in Gang setzen wird.

Niemand weiß, wie viele Fabriken schließen werden, wie viele Millionen Arbeitende in die Arbeitslosigkeit, wie viele Länder in die Hungersnot gestürzt werden, bevor diese Wirtschaft eine Zeit lang ein Gleichgewicht wiederfindet... wenn sie denn eines findet.

Die Regierung schützt die Verursacher der Krise...

Die Frage ist also nicht, zu wissen, wie der Kapitalismus aus der Krise heraus kommt, sondern wie sich die Arbeiter, die Bevölkerung vor den Folgen der Krise schützen können.

Regierung und Unternehmer wissen das übrigens sehr gut. All die Maßnahmen, die sie treffen, zielen nämlich darauf ab, vor den Folgen der Krise zu schützen – allerdings nicht uns, sondern die Kapitalisten und Spekulanten. Sie wollen ihre Profite und Vermögen retten... indem sie die ganze Last der Krise auf den Rücken der Bevölkerung abzuwälzen versuchen.

Die Arbeiter müssen dagegen ihren eigenen „Rettungsplan“ aufstellen!

Wie stets vor den Wahlen rufen die Gewerkschaften zu einer Großdemonstration auf – am 16. Mai in Berlin. Es ist wichtig, dass wir zahlreich diese Gelegenheit ergreifen, um gemeinsam mit Arbeitenden aus allen Branchen und dem ganzen Land Maßnahmen einzufordern, die in der Krise unsere Existenz schützen.

...wir müssen dagegen unsere Existenz schützen

Das wäre allen voran das sofortige Verbot aller Massenentlassungen. Und wenn es durch die Krise weniger Arbeit gibt, so müssen wir durchsetzen, dass die Arbeit eben unter allen Arbeitenden aufgeteilt wird – ohne Lohnverlust. Die Profite der vergangenen Jahre reichen dafür vollkommen aus.

Außerdem brauchen wir die massenhafte Schaffung von Arbeitsplätzen in allen Bereichen des öffentlichen Lebens, die der Bevölkerung nutzen, in Krankenhäusern, Altenheimen, Kindergärten.

Und um uns vor den Folgen der Krise wirksam zu schützen, brauchen wir außerdem eine konsequente Erhöhung der Löhne, Renten und Sozialleistungen.

Diese Maßnahmen durchzusetzen, ist für die gesamte arbeitende Bevölkerung eine lebenswichtige und dringende Notwendigkeit. Es ist die einzige Möglichkeit zu verhindern, dass ein immer größerer Teil der Arbeiterklasse ins Elend fällt.

Und das wäre auch nicht „schlecht für die Wirtschaft“, wie die Sprecher der Konzerne behaupten. Jedenfalls nicht schlechter, als sinnlos hunderte Milliarden an die Spekulanten zu

Afghanistan: ein finsteres Gesetz... ...und deutsche Unterstützung

Unter Steinwürfen demonstrierten 200 Frauen gegen das abscheuliche Gesetz

Der afghanische Präsident Karsai hat im April ein Gesetz unterzeichnet, dass es allen schiitischen Frauen fast unmöglich macht, zu arbeiten, zur Schule oder auch nur zum Arzt zu gehen! Nichts sollen sie ohne Erlaubnis ihres Mannes dürfen. Schon mit 9 Jahren können sie nach dem neuen Gesetz in dieses Gefängnis der Ehe geschickt werden, in der auch die Vergewaltigung erlaubt wird. Es ist wirklich ein Gesetz wie zu den finstersten Zeiten der Taliban.

„Dieses Gesetz ist abscheulich“, hat Obama erklärt, gefolgt von Merkel und anderen westlichen Staatschefs. Trotzdem schicken die USA, Deutschland und andere NATO-Länder jetzt 22.000 weitere Soldaten zur Unterstützung von Karsais Regierung nach Afghanistan... angeblich, um so die Rückkehr „zur Barbarei der Taliban“ zu verhindern...

Proteste deutscher und französischer Arbeiter von Continental

„Arbeiter gemeinsam gegen Heuschrecken-Aktionäre“

Rührung und Freude beim Empfang der französischen Kollegen im Bahnhof

3000 Conti-Arbeiter aus Deutschland und Frankreich protestierten am 23. April in Hannover. Continental will die Reifenwerke in Hannover und im französischen Clairoix schließen.

Es ist das erste Mal, dass deutsche und französische Conti-Arbeiter gemeinsam auf die Straße gingen.

Dabei entdeckten sie, dass man ihnen in allen Werken seit Jahren das gleiche erzählt hatte: Ihr Werk sei das teuerste, daher müssten sie, um das Werk zu erhalten, Zugeständnisse machen. Überall hat man ihnen so längere und verrückte Arbeitszeiten abgepresst, Konti-Schichten mit nur einem freien Wochenende im Monat. Auf diese Weise hat Continental bereits einen Teil ihres Lebens, ihrer Familie und Freizeit zerstört... um sie jetzt in die Arbeitslosigkeit zu stoßen.

Mit großem Jubel wurden die über 1000 streikenden französischen Arbeiter, die 13 Stunden mit dem Zug gefahren waren, bei ihrer Ankunft bewegt von ihren deutschen Kollegen empfangen. „Alle zusammen, alle zusammen, ja, ja!“ wurde der Ruf des Tages.

Continental soll zahlen!

Viele Demonstranten drückten ihren Respekt vor dem entschlossenen Kampf ihrer französischen Kollegen aus. Seit diese vor 6 Wochen von der Werksschließung erfahren haben, streiken sie für die Bezahlung aller ihrer Gehälter bis einschließlich 2012. Zahlen soll dies Continental von seinen Gewinnen, die es auch heute macht und zahlen sollen seine großen Aktionäre, allen voran Frau Schaeffler. Schließlich konnte man das Geld ja auch jahrelang dafür ausgeben, andere Firmen aufzukaufen.

Eben diese Aktionäre hatten sich am Tag der Demonstration – durch ein massives Polizeiaufgebot vor den Arbeitern geschützt – in ihrem Sitzungssaal verbarrikadiert. Laut verkündete ihnen der Sprecher der französischen Conti-Arbeiter: „Wir wenden uns nicht an eure Vernunft. Denn wir wissen, dass ihr nur Geld im Kopf habt. Wir kommen, um euch anzukündigen, dass wir weiter kämpfen werden, bis wir auch den letzten Cent bekommen haben, der uns zusteht.“

Kurzarbeit: ein Angriff in der Verlängerung

2,2 Millionen Menschen müssen mittlerweile die Kurzarbeit erleben, mit mehreren hundert Euro Lohnverlust im Monat. Und jetzt will die Regierung schon wieder die Laufzeit für die Kurzarbeit verlängern, von 18 auf 24 Monate. Das bedeutet weitere 6 Monate, in denen Millionen Familien hunderte Euro zum Leben fehlen.

Gleichzeitig werden seit November täglich (!) 4.000 Menschen entlassen. Und das zum Teil von denselben Betrieben, die Kurzarbeit fahren. Sollten wir nicht angeblich die Kurzarbeit akzeptieren, damit es keine Entlassungen gibt?

So kann man Probleme auch lösen...

Weil es immer wieder Klagen bei der Essener Arbeitsagentur über Willkür, fehlende Erreichbarkeit der „Fallmanager“ und monatelange Wartezeiten bei der Bearbeitung von Anträgen gibt, wurde im Rat der Stadt Essen über die Einsetzung eines „Ombudsmann“, einer Art Schlichter diskutiert.

Bei der Duisburger Arbeitsagentur wurde ein solcher Schlichter 2007 eingeführt. Doch dieser stellte schnell fest, dass es nichts zu schlichten gab, sondern einfach nur einseitige Schikanen und Willkür gegen HartzIV-Empfänger. Er fand allein über tausend (!) Fälle, in denen Betroffene zu wenig Geld erhielten.
Das hatten sich Arbeitsagentur und Stadt wohl anders vorgestellt. Und so begannen sie, den Ombudsmann selber heftig und persönlich anzugreifen, bis dieser Anfang April kapitulierte und seinen Posten abgab.

Die CDU-Mehrheit im Essener Stadtrat hat da lieber direkt beschlossen, nicht einmal einen Ombudsmann hinter die Fassade der Arbeitsagentur blicken zu lassen...

Namensgeber

Ärmliche 4,50 Euro pro Stunde bekommen die Leute, die im CentrO tagtäglich auch beim größten Ansturm dafür sorgen, dass wir saubere Klos benutzen können. Sogar das Trinkgeld, das sie dafür erhalten, müssen sie abliefern. Dabei gibt es für Reinigungskräfte einen Mindestlohn von 8,15€.
Aber selbst diesen wahrlich nicht üppigen Lohn will ihr Boss nicht zahlen. Daher hat er die Reinigungskräfte einfach in „Telleraufsicht“ umbenannt, für diesen „Beruf“ gibt es nämlich keinen Mindestlohn.

Allein, um ihnen solche miesen Tricks zu erschweren, brauchen wir einen einheitlichen Mindestlohn für alle Arbeitenden und Branchen, von dem man vernünftig leben kann... und das sind auch mehr als 8,15 Euro!

Warum ist General Motors pleite?

Seit Monaten schwebt drohend eine mögliche Insolvenz über den Köpfen der Autoarbeiter des amerikanischen Autokonzerns General Motors (GM), zu dem auch Opel gehört.

Dass General Motors pleite ist und nun hunderttausende GM-Arbeiter auf der ganzen Welt und noch mehr bei den Zulieferern und Händlern um ihre Zukunft bangen müssen, ist keine Naturkatastrophe. Es liegt auch nicht nur daran, dass GM falsche Modelle produzierte. Nein, der Vorstand und die großen Aktionäre von GM, ebenso wie die von Chrysler, haben den Bankrott mit ihrer verantwortungslosen Gier nach immer mehr Profit selber verursacht.

Die Gewinne verspekuliert und verschenkt

Über Jahre haben sie die Profite, die sie mit der Herstellung von Autos gemacht haben, in die „Finanzabteilung" umgeleitet. Mit diesen abgezweigten Gewinnen haben sie wild Firmen gekauft und vor allem spekuliert, nicht zuletzt auf Immobilien... und haben verloren.
Und die Verluste wurden noch größer, weil GM seinen Aktionären Dividenden in Milliardenhöhe zahlte, die höher waren als die Einnahmen des Unternehmens! So haben sie GM in die Pleite getrieben.

Falls GM Insolvenz anmeldet, würde dies nicht das Ende des Unternehmens bedeuten. Sogar Vorstand und Aktionäre würden bleiben und müssten nicht einmal für ihre Politik haften. Im Gegenteil:

Das amerikanische Insolvenzrecht gibt GM und seinen Aktionären einfach nur alle Freiheiten, sich aus seinen Verträgen mit Arbeitern, Gewerkschaften, Vertragshändlern und Zulieferern problemlos zu lösen und so wie es ihm beliebt, mit Entlassungen, Kürzungen und Betriebsschließungen den Konzern auf dem Rücken der Arbeiter zu sanieren.

Eine Sanierung, die die Arbeiter ruiniert

Präsident Obama bietet an, GM durch weitere Milliardenkredite vom Staat vor der Insolvenz zu retten. Dafür verlangt er jedoch einen „radikalen Umbau" des Konzerns. Damit meint er nicht etwa, dass die Verursacher des Bankrotts, die gierigen Aktionäre aus dem Konzern verschwinden sollen.
Obama fordert ein massives Sparprogramm vor allem bei den Arbeitern, mit Werksschließungen, zehntausenden Entlassungen, Halbierung (!) des Lohns, drastischen Einschnitten bei den betrieblichen Krankenversicherungen und Renten und und und...

**Um die Insolvenz zu verhindern, sollen die Arbeiter freiwillig einen „Umbau" akzeptieren, der ihnen quasi dieselben drastischen Verschlechterungen bringen würde wie die Insolvenz.
Man droht ihnen also mit der Pistole der Insolvenz, damit sie aus Angst stillhalten, nur um sie von hinten mit dem Messer des Konzernumbaus zu erstechen.**

„Freiwilliger Verzicht" oder Insolvenz, Pest oder Cholera sind keine Alternative. Die Verursacher der Krise haben genug Geld. Sie können für die Folgen der Krise aufkommen! Dafür einzutreten ist die einzig wirkliche Alternative, die die Arbeitenden haben – in den USA ebenso wie hier in Deutschland.

Eine Rettung, die keine ist

Seit Monaten vergeht kein Tag ohne neue Spekulationen über die angebliche Rettung von Opel. Doch die Opel-Arbeiter haben reichlich Erfahrung, was es mit ihrer „Rettung aus der Krise" auf sich hat. Seit 20 Jahren nämlich wird das Bochumer Werk alle paar Jahre „gerettet"... und jedes Mal wurden hunderte oder sogar tausende Arbeitsplätze vernichtet und die Löhne gesenkt.

Und jetzt soll „die Marke Opel" wieder „gerettet" werden, durch eine Loslösung von General Motors (GM), einen neuen Investor, vielleicht eine Staatsbeteiligung... Doch weder GM, noch ein Investor, noch der deutsche Staat planen die Rettung der Arbeitsplätze und Löhne. Im Gegenteil.

Obwohl es der Marke Opel auch in der Krise bis jetzt gut geht, obwohl so viele Opels verkauft werden wie seit 10 Jahren nicht, verlangen sie alle, dass massiv Arbeitsplätze vernichtet und Löhne gekürzt werden – selbst für den Fall, dass alle Standorte erhalten bleiben... Und es bleibt die Angst, dass in 2 oder 3 Jahren doch das Aus kommt. Das ist der Ausweg aus der Krise, auf den wir hoffen sollen?

Zwei Millionen Kinder geopfert

Zwei Millionen Kinder auf der Welt sterben jedes Jahr an Durchfall. Dabei gibt es dagegen seit mehr als 25 Jahren ein einfaches Rezept: eine Prise Salz, etwas Zucker, sauberes Wasser und Zinktabletten. Das wirkt sehr gut und kostet nur 25 Cent pro Kind.
Doch diese einfache Behandlung allen, die sie bräuchten, zur Verfügung zu stellen, damit haben es die Pharmakonzerne und die Großmächte offensichtlich nicht eilig. Und das ist nichts anderes als ein Verbrechen!

Wollen Sie uns erreichen?

DAS ROTE TUCH
Postfach 10 08 02
45008 Essen
E-Mail: das-rote-tuch@gmx.de
Telefon: 0157 – 76493485